

B E B A U U N G S P L A N

AUFTRAGGEBER:

G E M E I N D E B Ü D I N G E N

AMTSBEZIRK:

H I L B R I N G E N

BEZEICHNUNG
DER
LAGE:

„H U N G E R B E R G“

FLUR: S. KARTE

MASSTAB:

1 : 1250

DER LANDRAT

DES

KREISES MERZIG-WADERN

ZEICHNUNG NR. 1

DATUM

NAME

KREISPLANUNGSSTELLE

AUFGETRAGEN:

21.08. *Seidler* VERM. TECHN.

BEARBEITET :

E. Asmann

GESEHEN :

GEPRÜFT :

ÄNDERUNGEN

a

DORFGEBIET

17.2.70 WACHECK VT.

b

c

MERZIG, DEN 23. SEPTEMBER 1968

I. A.

Lampert

Die Aufstellung des Bebauungsplanes im Sinne des § 30 Bundesbaugesetz (BBauG) vom 23. Juni 1960 (BGBL. I, S. 341) gemäß § 2 Abs. 1 dieses Gesetzes wurde in der Sitzung des Gemeinderates vom 10. 5. 1967 beschlossen. Die Ausarbeitung erfolgte auf Antrag der Gemeinde BÜDINGEN durch die Kreisplanungsstelle.

Festsetzungen gemäß § 9 Abs. 1 und 5 des Bundesbaugesetzes
SIEHE ZEICHNUNG

- 1 Geltungsbereich
- 2 Art der baulichen Nutzung
 - 2.1 Baugebiet
 - 2.1.1 zulässige Anlagen
 - 2.1.2 ausnahmsweise zulässige Anlagen
 - 2.2 Baugebiet
 - 2.2.1 zulässige Anlagen
 - 2.2.2 ausnahmsweise zulässige Anlagen
 - 2.3 Baugebiet
 - 2.3.1 zulässige Anlagen
 - 2.3.2 ausnahmsweise zulässige Anlagen
- 3 Maß der baulichen Nutzung
 - 3.1 Zahl der Vollgeschosse
 - 3.2 Grundflächenzahl
 - 3.3 Geschosflächenzahl
 - 3.4 Bauanzahl
 - 3.5 Grundflächen der baulichen Anlagen
- 4 Bauweise
- 5 Überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen
- 6 Stellung der baulichen Anlagen
- 7 Mindestgröße der Baugrundstücke
- 8 Höhenlage der baulichen Anlagen (Maß von Oberkante Straßenebene Mitte Haus bis OK Erdgeschossfußboden)
- 9 Flächen für überdachte Stellplätze und Garagen sowie ihrer Einfahrten auf den Baugrundstücken
- 10 Flächen für nicht überdachte Stellplätze sowie ihrer Einfahrten auf den Baugrundstücken
- 11 Baugrundstücke für den Gemeinbedarf
- 12 Überlagerung für die Bebauung mit Familienheimen vorgesehenen Flächen
- 13 Baugrundstücke für besondere bauliche Anlagen, die privatrechtlichen Zwecken dienen und deren Lage durch zwingende städtebauliche Gründe, insbesondere solche des Verkehrs bestimmt ist.
- 14 Grundstücke, die von der Bebauung freizuhalten sind und ihre Nutzung
- 15 Verkehrsflächen
- 16 Höhenlage der anbaufähigen Verkehrsflächen sowie der Anschluß der Grundstücke an die Verkehrsflächen
- 17 Versorgungsflächen
- 18 Führung oberirdischer Versorgungsanlagen und -leitungen
- 19 Flächen für die Verwertung oder Beseitigung von Abwasser und festen Abfallstoffen
- 20 Grünflächen, wie Parkanlagen, Bauerkleingärten, Sport-, Spiel-, Zeit- und Badeplätze, Friedhöfe
- 21 Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Steinen, Erden und anderen Bodenschätzen
- 22 Flächen für die Landwirtschaft und Forstwirtschaft
- 23 Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zugunsten der Allgemeinheit, eines Erschließungsstrahlers oder eines beschränkten Personenkreises zu belastende Flächen
- 24 Flächen für Gemeinschaftsstellplätze und Gemeinschaftsgaragen
- 25 Flächen für Gemeinschaftsanlagen, die für Wohngebiete oder Betriebsstätten innerhalb eines engeren räumlichen Bereichs aus Gründen der Sicherheit oder Gesundheit erforderlich sind.
- 26 Die bei einzelnen Anlagen, welche die Sicherheit oder die Gesundheit der Nachbarschaft gefährden oder erheblich beeinträchtigen, von der Bebauung freizuhaltenen Schutzflächen und ihre Nutzung
- 27 Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern
- 28 Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und Gewässern.

MD SIEHE ZEICHNUNG
SIEHE BNVO § 5 ABS. 2

SIEHE ZEICHNUNG

SIEHE ZEICHNUNG

SIEHE ZEICHNUNG

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

OFFEN EINZELHÄUSER LAUT PLAN

SIEHE ZEICHNUNG

SIEHE ZEICHNUNG

ENTFÄLLT

FESTSETZUNG IM EINZELFALL NACH
STRASSENPROJEKT
INNERHALB D. ÜBERBAUBAREN
GRUNDSTÜCKSFLÄCHE

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

GESAMTER GELTUNGSBEREICH

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

SIEHE ZEICHNUNG

LAUT STRASSENPROJEKT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

BEBAUUNGSPLAN

- SATZUNG -

"HUNGERBERG"

GEMEINDE BÜDINGEN

Aufnahme von

Festsetzungen über die äußere Gestaltung der baulichen Anlagen auf Grund des § 9 Abs. 2 BBauG. in Verbindung mit § 2 der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes vom 9. Mai 1961 (ABL. S. 293).

SIEHE ANLAGE

Aufnahme von

Festsetzungen über den Schutz und die Erhaltung von Bau- und Naturdenkmalen auf Grund des § 9 Abs. 2 BBauG. in Verbindung mit § 2 der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes vom 9. Mai 1961 (ABL. S. 293).

ENTFÄLLT

Kennzeichnung von Flächen gemäß § 9 Abs. 3 BBauG.

- 1 Flächen, bei deren Bebauung besondere bauliche Vorkehrungen erforderlich sind
 - 2 Flächen, bei denen besondere bauliche Sicherungsmaßnahmen gegen Naturgewalten erforderlich sind
 - 3 Flächen, unter denen der Bergbau ungeht
 - 4 Flächen, die für den Abbau von Mineralien bestimmt sind
- Nachrichtliche Übernahme von Festsetzungen gemäß § 2 Abs. 4 BBauG.
- 1 ENTFÄLLT
 - 2

Plansymbole-Erklärung

- | | |
|--|--|
| | Geltungsbereich |
| | Bestehende Gebäude |
| | Geplante Gebäude und Art der baulichen Nutzung |
| | Bestehende und geplante Straßen |
| | Reine Wohngebiete |
| | Allgemeine Wohngebiete |
| | Mischgebiete |
| | Bestehende Grundstücksgrenzen |
| | Geplante Grundstücksgrenzen |
| | Baulinie |
| | Baugrenze |
| | Wasserleitung |
| | Kanalleitung |
| | Geschoszahl I - zwingend, II - Höchstgrenze |
| | Grundflächenzahl, Geschosflächenzahl |
| | Garage u. Einfahrten |

- | | |
|--|--|
| | Flächen o. Baugrundst. f. Gemeinbedarf Kindergarten |
| | Kirche |
| | Schule |
| | Verw. Gebäude |
| | Grünflächen |
| | Parkanlage |
| | Spielplatz |
| | Verkehrsflächen |
| | Öffentl. Parkflächen |
| | Flächen f. Versorgungsanlagen |
| | Umformstation |
| | Flächen für die Landwirtschaft u. |
| | Forstwirtschaft mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen (Wasserl., Kanall., Hochsp.) |

Der Bebauungsplan hat gemäß § 2 Abs. 6 BBauG. ausgelegt von 6. 5. 1970 bis zum 14.07.1970. Der Bebauungsplan wurde gemäß § 10 BBauG. als Satzung vom Gemeinderat am 14.07.1970 beschlossen.

BÜDINGEN

Der Bürgermeister

Der Bebauungsplan wird gemäß § 11 BBauG. genehmigt.

Saarbrücken, den 14. Sept. 1970

DER MINISTER DES INNEN OBERSTE LANDESBAUBEHÖRDE

in Auftrag

Diplom-Ingenieur

Die öffentliche Auslegung gemäß § 12 BBauG. wurde am 12.10.1970 ortsüblich bekanntgemacht.

BÜDINGEN

Der Bürgermeister